Verbandsordnung des Zweckverbandes „Erholungsgebiet Hasetal“

Artikel I

§1

Rechtsform des Verbandes

- (1) Die Städte, Samtgemeinden und Gemeinden Bersenbrück, Artland, Essen, Lönningen, Lindern, Lastrup, Herzlake, Haselünne und Meppen bilden unter der Bezeichnung Zweckverband „Erholungsgebiet Hasetal“ einen Zweckverband im Sinne des Niedersächsischen Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit (NZKomG) vom 19. Februar 2004 (Nds. GVBl. S. 63). Die Landkreise Osnabrück, Cloppenburg und Emsland können kooperierende Mitglieder des Verbandes werden.
- (2) Sitz des Verbandes ist Lönningen.
- (3) Der Verband führt ein Dienstsiegel.

§ 2

Zweck

- (1) Der Verband hat den Zweck, im Zusammenwirken mit allen interessierten Stellen im Rahmen der Regionalplanung das "Erholungsgebiet Hasetal" als Fremdenverkehrsgebiet zu entwickeln. Dazu sollen die unterschiedlichen Möglichkeiten des Gesamttraumes erschlossen, gebündelt, aufeinander abgestimmt und so entwickelt werden, dass die Erholungssuchenden schlüssige Gesamtkonzepte vorfinden.
- (2) Bei der Erfüllung der Verbandsaufgaben darf die allgemeine volkswirtschaftliche und landwirtschaftliche Entwicklung nicht beeinträchtigt werden.

§ 3

Kostendeckung

- (1) Die zur Erreichung des Verbandszweckes benötigten Mittel sollen durch öffentliche Beihilfen, Spenden und eine Verbandsumlage aufgebracht werden.
- (2) Die Verbandsversammlung setzt die Höhe der Verbandsumlage in der Haushaltssatzung für jedes Rechnungsjahr neu fest. Die Verbandsumlage besteht aus einem 50%igen, für jede Mitgliedskommune gleichen Sockelbetrag. Der Rest wird zu 25% nach der Fläche und zu 25% nach der Einwohnerzahl der Mitglieder berechnet.
Die Landkreise Osnabrück, Cloppenburg und Emsland sollen bei Maßnahmen von überörtlichem Interesse um finanzielle Unterstützung gebeten werden. Sie werden als kooperierende Mitglieder nicht zur Verbandsumlage herangezogen.

§ 4 Organe

Organe des Zweckverbandes Erholungsgebiet Hasetal sind:

1. die Verbandsversammlung
2. der Verbandsausschuss und
3. die Verbandsgeschäftsführerin/ der Verbandsgeschäftsführer

§ 5 Die Verbandsversammlung

- (1) Die Verbandsversammlung setzt sich aus je zwei Vertretern der Verbandsmitglieder zusammen. Die Stimmen eines Verbandsmitgliedes können nur einheitlich abgegeben werden. Die Mitgliedsgemeinden der Samtgemeinden können jeweils einen Vertreter mit beratender Stimme in die Verbandsversammlung entsenden. Die kooperierenden Mitglieder entsenden je einen Vertreter als beratendes Mitglied in die Verbandsversammlung.
- (2) Ein/e Vertreter/ in jedes Verbandsmitgliedes wird aus der Mitte der Vertretungskörperschaft gewählt, die/ der andere Vertreter/ in ist die/ der jeweilige Hauptverwaltungsbeamtin/ e. Für jede/n Vertreter/in ist ein/e Ersatzperson zu wählen. Ersatzperson der/ s Hauptverwaltungsbeamtin/ en ist in der Regel ihr/ sein allgemeine/ r Vertreter/ in oder ein von ihr/ ihm beauftragte/ r Bedienstete/ r ihrer/ seiner Kommune. Er/ sie wird vom Hauptorgan des Verbandsmitgliedes auf Vorschlag der/ des Hauptverwaltungsbeamtin/ en/ bestimmt.
- (3) Die Entsendung der gewählten Verbandsversammlungsmitglieder soll jeweils innerhalb von drei Monaten nach der Entsendung der Kommunalvertretung erfolgen. Die Entsendung der gewählten Verbandsversammlungsmitglieder erfolgt durch Beschluss. Scheidet ein Mitglied aus seiner Vertretungskörperschaft vorzeitig aus, so erlischt seine Mitgliedschaft in der Verbandsversammlung. Sein Nachfolger soll innerhalb von sechs Monaten bestimmt werden.
- (4) Nach Ablauf der Wahlperiode der Vertretungskörperschaften der Verbandsmitglieder führt die Verbandsversammlung ihre Tätigkeit bis zur ersten Sitzung der neugebildeten Verbandversammlung fort.

§ 6 Aufgaben und Tätigkeiten der Verbandsversammlung

- (1) Die Verbandsversammlung wählt die Verbandsgeschäftsführerin/ den Verbandsgeschäftsführer und beschließt über alle besonderen Angelegenheiten des Verbandes, insbesondere über
 1. Änderung der Verbandsordnung
 2. Aufnahme neuer Mitglieder,
 3. Feststellung des Haushaltsplanes,
 4. Entgegennahme der Jahresrechnung und Entlastung des Verbandsgeschäftsführers,
 5. Aufnahme von Anleihen und Übernahme von Bürgschaften,

6. Erlass von Satzungen über die Benutzung der öffentlichen Einrichtungen des Verbandes sowie über die Erhebung von Gebühren und Beiträgen,
7. Auflösung des Verbandes

- (2) Den Vorsitz in der Verbandsversammlung führt ein aus seiner Mitte zu wählendes Mitglied, für das auch ein Vertreter zu wählen ist. Der Vorsitzenden oder dem Vorsitzenden der Verbandsversammlung obliegt die repräsentative Vertretung des Zweckverbandes.
- (3) Die Verbandsversammlung ist von der oder dem Vorsitzenden einzuberufen, wenn es die Geschäftslage erfordert, jährlich mindestens einmal. Sie muss unverzüglich einberufen werden, wenn es ein Drittel der Verbandsversammlungsm Mitglieder oder der Verbandsausschuss unter Angabe der Verhandlungsgegenstände verlangt; diese müssen zum Zuständigkeitsbereich der Verbandsversammlung gehören.
- (4) Die Verbandsversammlung ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der Mitglieder anwesend sind.
- (5) Beschlüsse und Wahlen zu den in Abs. 1, Nr. 1 und 7 bezeichneten Angelegenheiten bedürfen einer 2/3 Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen. Im übrigen ist zu einem Beschluss die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erforderlich.
- (6) Über die Verhandlungen und Beschlüsse der Verbandsversammlung wird eine Niederschrift angefertigt, die von der Vorsitzenden oder dem Vorsitzenden, der Verbandsgeschäftsführerin oder dem Verbandsgeschäftsführer sowie der Protokollführerin bzw. dem Protokollführer zu unterzeichnen sind. Die Verbandsversammlung beschließt über die Genehmigung der Niederschrift.
- (7) Die Tätigkeit in der Verbandsversammlung ist ehrenamtlich. Die entstehenden Aufwendungen für Reisekosten, Tagegelder und Verdienstausfallentschädigungen trägt jeweils das Verbandsmitglied, dem die Vertreter angehören.

§ 6a

Der Verbandsausschuss

- (1) Dem Verbandsausschuss gehören die Bürgermeister/ innen der Verbandsmitglieder an. Solange das Amt nicht besetzt ist, gehört die/ der allgemeine Vertreter/ in dem Ausschuss an.
- (2) Die/ Der Bürgermeister/ in und im Falle des Absatzes 1 Satz 2 die/ der allgemeine Vertreter/ in können sich bei Verhinderung durch eine/ n Bedienstete/ n ihrer Verwaltung vertreten lassen.

§ 6 b
Aufgaben und Tätigkeiten des Verbandsausschusses

- (1) Der Verbandsausschuss bereitet die Beschlüsse der Verbandsversammlung vor.
- (2) Der Verbandsausschuss beschließt über die Personalangelegenheiten des Verbandes, insbesondere über die Einstellung, Eingruppierung und Entlassung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, soweit nicht die Verbandsversammlung nach § 13 Satz 1 NkomZG zuständig ist oder ein Geschäft der laufenden Verwaltung vorliegt.
- (3) Der Verbandsausschuss beschließt über weitere Angelegenheiten, die ihm von der Verbandsversammlung zugewiesen wurden.
- (4) Die Geschäftsführung des Verbandsausschusses obliegt der Verbandsgeschäftsführerin oder dem Verbandsgeschäftsführer. Sie / Er beruft den Verbandsausschuss ein, wenn es die Geschäftslage erfordert oder wenn es ein Drittel seiner Mitglieder unter Angabe des Verhandlungsgegenstandes verlangt.
- (5) Die §§ 6 Abs. 2 Satz 1, Abs. 4, Abs. 5 Satz 2, Abs. 6 und Abs. 7 der Verbandsordnung sowie die Vorschriften der Nds. Gemeindeordnung über den Verwaltungsausschuss finden entsprechend Anwendung.

§ 7
Die Verbandsgeschäftsführerin/ der Verbandsgeschäftsführer

- (1) Die Verbandsgeschäftsführerin oder der Verbandsgeschäftsführer ist hauptamtlich tätig. Die Verbandsversammlung regelt die Stellvertretung.
- (2) . Die Verbandsgeschäftsführerin oder der Verbandsgeschäftsführer ist beratendes Mitglied in der Verbandsversammlung und im Verbandsausschuss.
- (3) Die Verbandsgeschäftsführerin oder der Verbandsgeschäftsführer führt die laufenden Geschäfte des Verbandes und vertritt den Verband gerichtlich und aussergerichtlich. Sie oder er hat die Beschlüsse der Verbandsversammlung vorzubereiten und auszuführen. Erklärungen, die den Verband verpflichten, sind, sofern sie nicht gerichtlich oder notariell beurkundet werden, nur rechtsverbindlich, wenn sie von der Verbandsgeschäftsführerin oder dem Verbandsgeschäftsführer und der Vorsitzenden oder dem Vorsitzenden der Verbandsversammlung handschriftlich unterzeichnet sind. Bei Geschäften der laufenden Verwaltung genügt die Unterschrift der Verbandsgeschäftsführerin oder des Verbandsgeschäftsführers.
- (4) Die Verbandsgeschäftsführerin/ der Verbandsgeschäftsführer stellt den jährlichen Haushaltsplan auf und legt ihn der Verbandsversammlung zur Beschlussfassung vor. Nach Abschluss des Haushaltsjahres legt er die vom zuständigen Rechnungsprüfungsamt geprüfte Jahresrechnung der Verbandsversammlung zu seiner Entlastung vor.

§ 8 Bildung von Beiräten

Es können Beiräte gebildet werden, welche die Aufgabe haben, die Verbandsversammlung und die Verbandsgeschäftsführerin oder den Verbandsgeschäftsführer zu beraten.

§ 9 Haushaltsjahr und Haushaltsplan

- (1) Das Haushaltsjahr beginnt jeweils mit dem 01. Januar und schließt mit dem 31. Dezember des laufenden Kalenderjahres.
- (2) Gleichen sich die Einnahmen und Ausgaben nicht aus, so werden die Verbandsmitglieder zur Deckung des Fehlbetrages im Verhältnis ihrer Umlagepflicht herangezogen.
- (3) Die Kassentätigkeit erfolgt durch die Stadt-/Gemeindeverwaltung am Sitz des Verbandes. Zusätzlich Anordnungsberechtigt für den Vertretungsfall ist der jeweilige Hauptverwaltungsbeamte der Sitzgemeinde und sein Vertreter.
- (4) Die örtliche Prüfung des Zweckverbandes Erholungsgebiet Hasetal erfolgt durch das Rechnungs- und Kommunalprüfungsamt des Landkreises Cloppenburg, gemäß der Vereinbarung vom 24.06.1999.

§ 10 Kündigung eines Verbandsmitgliedes

- (1) Die Kündigung eines Verbandsmitgliedes ist nur zum Schluss eines Haushaltsjahres unter Einhaltung einer einjährigen Kündigungsfrist nur aus wichtigem Grund möglich.
- (2) Die Kündigung ist gegenüber der Verbandsgeschäftsführerin bzw. dem Verbandsgeschäftsführer zu erklären.
- (3) Für das kündigende Verbandsmitglied besteht nach einer wirksamen Kündigung kein (anteiliger) Anspruch auf Auskehrung etwa vorhandenen Vermögens des Zweckverbandes. Das ausscheidende Verbandsmitglied erhält eine Abfindung, die wie folgt berechnet wird: Der Zuwachs der barwerten Mittel der letzten 5 Jahre wird ermittelt und aufsummiert. Übersteigt diese Summe die vorhandenen Verbindlichkeiten des Verbandes, wird der überschießende Betrag anteilig an das kündigende Mitglied entsprechend seiner Umlagenverpflichtung der vergangenen 5 Jahre ausgezahlt. Der Zweckverband ist berechtigt, den Betrag ratenweise auszuzahlen, falls ansonsten die Erfüllung der Aufgaben des Verbandes gefährdet wäre. Eine Verzinsung erfolgt nicht.
- (4) Etwa vorhandene, das Vermögen übersteigende Verbindlichkeiten des Zweckverbandes zum Zeitpunkt des Eingangs der Kündigungserklärung hat das ausscheidende Mitglied anteilig dem Zweckverband auszugleichen. Der auszugleichende Betrag entspricht dem Anteil, zu dem das ausscheidende

Verbandsmitglied in den vergangenen 5 Jahren vor seiner Kündigungserklärung zur Finanzierung des Zweckverbandes beigetragen hat.

- (5) Nach erfolgter Kündigung ist § 1 der Verbandsordnung der neuen Mitgliederstruktur entsprechend anzupassen.

§ 11

Auflösung des Verbandes

- (1) Der Verband wird aufgelöst, wenn mehr als zwei Verbandsmitglieder ausscheiden oder die Verbandsversammlung die Auflösung beschlossen hat.
- (2) Bei Auflösung des Verbandes fällt ein in diesem Zeitpunkt etwa vorhandenes Vermögen den Verbandsmitgliedern im Verhältnis nach § 3 Abs. 2 der Verbandsordnung zu.
- (3) Bei der Auflösung etwa vorhandene, das Vermögen übersteigende Verbindlichkeiten sind von den Verbandsmitgliedern im Verhältnis nach § 3 Abs. 2 der Verbandsordnung zu tragen.
- (4) Im Falle der Auflösung des Verbandes wird das vorhandene Personal des Verbandes auf die Verbandsmitglieder mit deren Einverständnis verteilt. Etwaige damit verbundene zusätzliche Kosten des aufnehmenden Verbandsmitgliedes werden vom Verband erstattet. Von den Verbandsmitgliedern entsendete Bedienstete werden von ihnen übernommen.

§ 12

Gleichstellungsbeauftragte

Die Aufgaben der Gleichstellungsbeauftragten des Zweckverbandes werden von der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt-/Gemeindeverwaltung am Sitz des Verbandes wahrgenommen.

§ 13

Bekanntmachungen

Die Bekanntmachungen des Verbandes werden veröffentlicht in der Münsterländischen Tageszeitung sowie in allen amtlichen Bekanntmachungsblättern der Landkreise.

§ 14

Übergangsregelung

Der bis zum Inkrafttreten dieser Verbandsordnung bestehende Zweckverbandsausschuss bleibt in seiner bisherigen Zusammensetzung, Besetzung und Aufgabenstellung bis zur Neubildung der künftigen Verbandsversammlung nach der am 1. November 2006 beginnenden allgemeinen Wahlperiode der kommunalen Vertretungen bestehen.

ARTIKEL II

§ 15 Inkrafttreten

Diese Verbandsordnung tritt am 19.04.2007 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung des Zweckverbandes Erholungsgebiet Hasetal vom 15.12.1989 (Amtsblatt für den Regierungsbezirk Weser-Ems vom 13.7.1990), zuletzt geändert durch die 3. Änderungssatzung vom 11.10.1999 (Amtsblatt für den Regierungsbezirk Weser-Ems vom 19.11.1999) ausser Kraft.

Meppen, 24.11.2008

Zweckverband
Erholungsgebiet Hasetal

Verbandsgeschäftsführer